

## **Birmas Junta setzt offenbar auf Dialog mit der Opposition fort**

Reuters\_11 januar 2008

In Birma hat die Militärjunta offenbar ihre Gespräche mit der unter Hausarrest stehenden Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi fortgesetzt.

Sie sei zu einem Gästehaus der Regierung gebracht worden, bestätigte ihre Partei am Freitag. Über den Inhalt der Gespräche wurde zunächst nicht bekannt. Möglicherweise traf Suu Kyi mit dem als Verbindungsmann fungierenden General Aung Kyi zusammen. Beide hatten zuletzt am 19. November 2007 miteinander gesprochen. Die seit 1962 in dem asiatischen Land herrschenden Militärs hatten Aung Kyi nach der weltweit verurteilten Niederschlagung der Demokratiebewegung beauftragt, Kontakt zur Opposition zu halten.

Unterdessen wurde offiziell bekannt, dass bei einer Bombenexplosion im Bahnhof der neuen Hauptstadt Naypyidaw eine Frau getötet wurde. Der Sprengkörper sei am Morgen in einer Toilette detoniert, sagte ein Bahnvertreter der Nachrichtenagentur Reuters.

-----

## **Bombenexplosion in neuer Hauptstadt**

Der Standard\_11 januar 2008

Bei einer Bombenexplosion im Bahnhof der neuen burmesischen Hauptstadt Naypyidaw ist am Freitag eine Frau getötet worden. Der Sprengkörper sei am Morgen in einer Toilette detoniert, sagte ein Bahnvertreter. Die herrschende Militärjunta hatte die neu errichtete Hauptstadt im Zentrum des südostasiatischen Landes im März vorigen Jahres eröffnet. Naypyidaw liegt bei Pyinmana, rund 400 Kilometer nördlich der früheren Hauptstadt Rangun (Yangon). 2005 hatten drei Bombenanschläge in Rangun zahlreiche Opfer gefordert.

Der neue Anschlag wurde bekannt, nachdem die Militärjunta wieder Gespräche mit der in Rangun unter Hausarrest stehenden Führerin der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), Aung San Suu Kyi, führte. Sie sei zu einem Gästehaus der Regierung gebracht worden, bestätigte ihre Partei am Freitag. Über den Inhalt der Gespräche wurde zunächst nicht bekannt.

Mit einer drastischen Anhebung von Fernsehgebühren hatte die burmesische Militärjunta kürzlich die Informationsmöglichkeiten der Bevölkerung weiter beschnitten. Das Regime erhöhte zum Jahresanfang ohne Vorwarnung die Gebühren für das Satellitenfernsehen um das 166-fache. Wie ein Vertreter der burmesischen Telekom am Mittwoch bestätigte, müssen Besitzer einer Satellitenschüssel nun statt 6000 Kyat eine Million Kyat (rund 530 Euro) für ihren jährlichen Satelliten-TV-Empfang bezahlen. Das bedeutet eine Erhöhung auf das Dreifache des durchschnittlichen Jahreseinkommens eines Burmesen.

-----

## **Militärjunta in Birma macht Fernsehen drastisch teurer**

Welt on line\_3 januar 2008

Rangun - Birma hat mit einer Gebührenerhöhung für Satellitenfernsehen den Zugang zu ausländischen Medien erschwert. Wie ein Mitarbeiter der birmanischen Postbehörde sagte, stieg die jährliche Gebühr für die Nutzung einer Satellitenschüssel um das 167-Fache von umgerechnet 3,20 Euro auf 544 Euro. Bei Neuansmeldungen seien künftig sogar fast 1100 Euro fällig. "Wir kennen nicht den Grund für die Erhöhung", sagte der Postmitarbeiter, der nicht namentlich genannt werden wollte. Die Tageszeitung "International Herald Tribune" meldete eine Erhöhung der jährlichen Gebühren auf 670 Euro. Das sei das Dreifache des Jahresgehalts eines Lehrers.

Die buddhistischen Mönche in Birma riefen gestern zu weiterem Widerstand gegen die Militärjunta auf. "Wenn Öffentlichkeit und Mönche ihre Kräfte bündeln, können wir unsere Probleme lösen", zitierte der in Norwegen ansässige birmanische Exilradiosender Demokratische Stimme Birmas die Allbirmanische Mönchsvereinigung. Die Medien sind in Birma strikter staatlicher Kontrolle unterworfen. Für viele Menschen sind die per Satellit empfangbaren Sender wie die britische BBC oder der in Norwegen ansässige Kanal Demokratische Stimme Birmas daher die einzige Möglichkeit, ungefilterte Informationen über die Militärdiktatur zu erhalten. Während der Massenproteste im vergangenen September, die von den Militärs gewaltsam niedergeschlagen wurden, waren ausländische Medien eine wichtige Nachrichtenquelle. Die Regierung in Rangun bezeichnet die BBC, den US-Auslandssender Voice of America und den Kanal Radio Free Asia dagegen regelmäßig als "Lügner", die es auf die Zerstörung Birmas abgesehen hätten.

---

### **Wir müssen weiterkämpfen“**

Die Presse\_3 januar 2008

Den 47 Millionen Burmesen dürfte es heute, am 60. Jahrestag der Unabhängigkeit von Großbritannien, wenig nach Party zu Mute sein. Mit ein Grund: Burmas Junta, bemüht, das Land abzuschotten, hat ihrem Volk ein tolles „Geschenk“ zum Jahrestag gemacht. Vor Tagen erhöhte sie ohne Vorwarnung die Gebühr fürs Satelliten-TV ums 166-fache. Besitzer einer Sat-Schüssel müssen nun also eine Million Kyat (gut 530 Euro) pro Jahr zahlen; dabei beträgt das durchschnittliche Jahreseinkommen etwa 200 Euro. Die Burmesen sind somit von der ausländischen Fernsehwelt weitgehend abgeschnitten. Nachrichten etwa sind nur noch im Staatssender „MRTV“ zu sehen. Sechzig Jahre nach der Unabhängigkeit ist Burma (Myanmar) Lichtjahre von der Demokratie entfernt. Dabei gärt im Volk der Zorn auf die Militärmachthaber und führte im September zu den von buddhistischen Mönchen angeführten Massenprotesten. Doch zum Entsetzen der Welt wurden diese friedlichen Proteste niedergeknüppelt – so wie frühere Massendemos, etwa die von 1988.

### Geheime Internierungslager

Die Zahl der Opfer bleibt unbekannt, Dissidenten sprechen von mehr als 200 Toten. UN-Menschenrechtsbeauftragter Paulo Sergio Pinheiro spricht von mindestens 31 Toten – doppelt so vielen, wie Burmas Junta bislang eingeräumt hat. Besonders besorgt zeigte sich der brasilianische UN-Diplomat über Internierungslager, „deren Existenz von den Behörden geleugnet wurde und die deshalb als geheime Einrichtungen angesehen werden.“ Auch kursieren Gerüchte, wonach staatliche Killerkommandos viele Leichen verbrannt haben sollen.

### Keine Spur vom Dialog

Indes seien Verhaftungen von Regimegegnern und Einschüchterungen der Mönche weitergegangen, sagen Beobachter. Exilgruppen in Thailand wie die „Asia Pacific Peoples Partnership on Burma“ sagen, viele Klöster stünden leer. Mönchen vom Land werde der Zutritt in die ehemalige Hauptstadt Rangun verwehrt, wenn sie keine Papiere über den Zweck ihrer Reise besäßen.

Vom Dialog zwischen der unter Hausarrest stehenden Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi und der Armee ist keine Rede mehr. „Burmas Junta hat darin versagt, Interesse an Gesprächen zu zeigen“, bilanziert die Londoner „Economist Intelligence Unit“ in der von Exilburmesen herausgegebenen Zeitung „Irrawaddy“. Das letzte Gespräch zwischen Suu Kyi und dem von den Militärs zum Kontaktmann mit der Opposition ernannten Arbeitsminister habe vor sechs Wochen stattgefunden, so ein Sprecher von Suu Kyis Partei „Nationale Liga für Demokratie“ (NLD). Suu Kyi gilt als Ikone der Freiheit – nicht zuletzt wegen ihres Vaters, des 1947 von einem politischen Rivalen ermordeten Unabhängigkeitskämpfers Aung San. Kritiker hatten stets vermutet, die Junta würde Versöhnungsbereitschaft nur heucheln – wegen des weltweiten Drucks nach der Niederschlagung der Proteste. Den vom UN-

Gesandten Ibrahim Gambari ursprünglich erhofften „substanziellen Dialog“ wird es vorerst nicht geben. Auch hat das Regime klargestellt, dass weder Suu Kyi noch andere Oppositionelle an der Erarbeitung einer neuen Verfassung beteiligt würden.

Die Welt hat versagt

Letzteres ist ein weiteres Indiz für das Versagen der UNO in Burma: Der Sicherheitsrat konnte sich im Oktober auf Druck Chinas und Russlands nur auf eine sanfte Aussage zur Menschenrechtslage in Burma einigen. Darin wurde das brutale Vorgehen der Junta gegen friedliche Demonstranten „bedauert“, nicht aber „verurteilt“. Beobachter sind sich trotzdem einig, dass die von den Mönchen angeführte „Safran-Revolution“ nicht verglüht ist. „Wir hoffen, dass 2008 neue Hoffnung für unser Land bringt“, so Nyo Ohn Myint, führendes Mitglied der NLD im thailändischen Exil. „Es ist klar, dass wir weiter kämpfen müssen.“

-----

### **Amnesty International verlangt vom Bund Entschädigung**

Tages Anzeiger\_8 januar 2008

Grund für die Forderungen sind die, wegen eines Fehlentscheids, erlittenen Qualen des burmesischen Flüchtlings Stanley Van Tha. Amnesty International fordert vom Bundesamt für Migration (BFM) per Brief eine Entschuldigung und eine angemessene Entschädigung für die erlittenen Qualen des burmesischen Flüchtlings Stanley Van Tha. Das Asylgesuch des Burmesen wurde 2003 vom Bundesamt für Migration (BFM) abgelehnt; 2004 wurde der Mann von der Schweiz nach Burma ausgeschafft. Dort wurde er kurz darauf offenbar ohne rechtsgültigen Prozess zu 19 Jahren Gefängnis verurteilt. Letzten Samstagmorgen ist er nun in die Schweiz zurückgekehrt.

BFM-Sprecher Jonas Montani wies in der Sendung «Rendez-vous» von Radio DRS eine Entschuldigung zurück. Der Entscheid sei damals richtig gewesen. Die Ablehnung des Asylgesuchs sei durch die Asylrechtskommission gestützt worden. Man habe nicht voraussehen können, was Van Tha in Burma habe zustossen können. Irene Marti gab sich erschüttert über die ausgeschlagene Entschuldigung des BFM. Der Burmese sei gesundheitlich schwer angeschlagen und habe aufgrund der begangenen Fehler eine «aufrechte Entschuldigung» verdient, sagte die Dokumentarfilmerin und langjährige Wegbegleiterin von Van Tha gegenüber Radio DRS. Sie war massgeblich an der Flucht von Van Tha aus dem burmesischen Gefängnis beteiligt.

Was die finanzielle Entschädigung des Burmesen angeht, hat sich der Bund noch nicht geäußert. Gemäss Staatsrechtsprofessor Tobias Jaag aus Zürich ist allerdings eine Haftung des Bundes rein rechtlich ausgeschlossen.

Staatsrechtsprofessor Thomas Fleiner aus Freiburg stellt allerdings die Frage, ob nicht aus moralischen Gründen eine Zahlung angezeigt wäre. Schliesslich habe der ehemalige Justiz- und Polizeidirektor Christoph Blocher den Fehler bei der Ausschaffung zugegeben.